



Des I. 1/3408/99 38  
13/3408

Alle Postämter nehmen Bestellungen auf die Deutsche Zeitung in England bei den Herren ... 72 Newgate Street in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal u. überseeische Länder ... man sich an G. A. Alexander Straßburg 23 Brunnengasse, Paris 23, Rue Notre Dame de Nazareth.

# Deutsche Zeitung.

Die Hauptredaktion besorgt das Großh. Bad. Postamt Heidelberg. Der Preis beträgt jährlich fl. 10.; durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden fl. 12. 28 fr. Für Anzeigen wird der Raum einer dreispaltigen Zeitspalte mit 7 Lr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 99.

Heidelberg, Samstag 8. April.

1848.

## Uebersicht.

**Die polnische Angelegenheit.** — Wien (die sardinische Gesandtschaft erhält ihre Pässe. Die Erzherzöge Albrecht und Ludwig entfernt). Berlin (zweite Sitzung des Ver. Landtags). Tilsit (die Stellung der Russen an der Grenze). Berlin (das Gerücht über die Ernennung des Herzogs von Leuchtenberg falsch. Dreihundert Polen gefangen). Posen die Lage der Dinge. Verhältnis der polnischen und deutschen Bevölkerung). Bromberg (die deutsche Bevölkerung). München (Ausschusswahlen. Erklärung der Kammer). Stuttgart (politische Bewegung. Thätigkeit für die Wahlen). Leipzig (Streben nach kirchlicher Vereinigung). Karlsruhe (der Oberbefehlshaber des 8. Armeekorps). Braunschweig (Eröffnung der Stände. Thronrede). Mendenburg (Erklärung der provisorischen Regierung an König Friedrich VII. Aufruf des Herzogs von Augustenburg. Nothwendigkeit deutscher Hilfe. Stellung der Truppen. Die Schleswig-holsteinische Kanzlei. Lauenburg neutral! Annäherung der preussischen Truppen. Die Freikorps. Eröffnung des schleswig-holsteinischen Landtags). Frankfurt (Sitzung des Fünzigerausschusses).

**Großbritannien.** Die Lage der arbeitenden Klassen. Die Agitation in Irland.

**Frankreich.** Admiral Rosamel †. Abzug deutscher Demokraten und italienische Flüchtlinge. Lamartine an die Irländer. Der National über die äußere Politik. Emil Girardin. Ein Pariser Klub.

**Italien.** Lombardien. Militärisches.

**Oesterreichische Monarchie.** Triest. Der Abfall Venedigs und die Rettung von Triest.

**Beilage.** Noch eine kleine Ausgiebung in die Sündfluth. Von E. R. Arndt. — Berlin (Verhandlungen des Ver. Landtags). Aus dem Großherzogthum Posen (die polnischen Bauern zum Theil gegen die polnische Insurrektion des Adels). Mainz (die deutsche Reform und die französische Politik). Von der Lahn (die nationale Erhebung Polens und Italiens. Aufgabe für die deutschen Emigranten). Schweiz. Zürich (Erwiderung des Regierungsrathes auf die badische Note. Beschlüsse und Versammlung von Deutschen). Oesterreichische Monarchie. Preßburg (das k. Reskript über das ungar. Ministerium). Italien (der Rückzug der Oesterreicher. Fürst Carignano zum Stadthalter von Sardinien ernannt. Die Vorgänge von Modena und Parma).

## Heidelberg, 7. April.

Unter den Aussprüchen der Frankfurter Versammlung war auch einer zu Gunsten der Wiederherstellung Polens. Ueber das Verhältnis von Posen zu Deutschland vermied man, eine bestimmte Meinung auszusprechen, wiewohl man mehrfach darauf zurückkam. Man hoffte, daß man nicht von der Lage der dortigen Dinge gehörig unterrichtet war, und daß die Leute fehlten, die darüber hinreichend inquiriren konnten. Die nationalen Sympathien für die deutsche Bevölkerung in Posen waren übrigens so ausgesprochen, wie die kosmopolitischen für Polen immerhin. Dieser innere Zwiespalt der Ansicht geht sichtlich durch ganz Deutschland hindurch, ja er bewegt die Brust jedes Einzelnen, der sich über die Zustände in Polen zu unterrichten strebt und Politik nicht mit der Phantasie treibt. Je weiter von Polen ab, desto mehr wiegen die polnischen Sympathien, je näher nach Polen hin, desto mehr nehmen die deutschen zu, je sich dort sogar nicht selten unter Polen selber regen. Je mehr man aus großen politischen Gesichtspunkten die Frage erwägt, desto schlüssloser wird man zu dem Schritte der Befreiung Polens hingenommen; je näher man aus privaten Standpunkten die Verhältnisse Einzelnen betrachtet, desto mehr wird man bedenklich werden. Je länger die Polen sich in der Sache passiv verhalten und für einen klaren Ausgangspunkt ihrer Herstellung dankbar sein werden, desto weiter werden wir uns zu Dofern fühlen, je arroganter ihre Forderungen schon jetzt anfangen herauszutreten, desto mehr werden wir die schon geöffnete Hand wieder schließen. Je weltbürgerlicher wir für Republiken und verbündete Nationen schwärmen, desto heftiger werden wir das unrecht erworbene Eigenthum von uns fordern; je nationaler, patriotischer, politischer wir das Heil un-

seres Vaterlandes und den Schutz seiner Grenzen erwägen, desto überlegter werden wir die kleine deutsche Habe beisammen halten. Was soll uns in diesem Zwiespalt der Bedenken leiten? Welche unverrückbaren Grundsätze sollen die Rücksichten beschränken? Welche notwendige Rücksichten sollen die Grundsätze modifiziren?

Zu einem solchen Chaos von Schwierigkeiten scheint uns vor Allem Eines das Unrätlichste: die halben Schritte, die die Verwirrung mehren statt sie zu lösen. Ohne einen Hieb durch diesen gordischen Knoten geht es nicht ab. Die Maßregel der nationalen Reorganisation von Posen scheint uns ein solcher halber Schritt. Sie ängstigt die Deutschen und spannt die Polen und befriedigt Keinen; sie wird einen gewaltsamen Ausbruch der Insurrektion nicht hindern; sie wird vielmehr zu feindseligen Demonstrationen der Nationalitäten reizen und die achtungswerthen Versuche des polnischen Komitös, den Frieden zwischen Polen und Deutschen zu erhalten, werden dagegen Nichts vermögen. Besser als diese gezwungene Vereinigung, bei der nur die Suprematie der Nationalitäten gewechselt ist, eine scharfe Scheidung, nach der jeder Einzelne von den zersprengten Nationalen mit Sicherheit weiß, woran er ist.

Preußen soll die Hand anlegen an Polens Herstellung, aus menschlich sittlichen wie aus politischen Gründen: es bleibt dies unsere Forderung, es ist der Ruf des ganzen Welttheils. Der oberste Grundsatz des Handelns in dieser Sache ist: Gerechtigkeit zu üben, nicht ohne alles Erwägen, aber doch ohne allzu ängstliches Erwägen der Folgen. Wir wissen, daß die Herstellung Polens nicht ohne künftige Gefahr für Deutschland ist. Das polnische Sprichwort sagt, der Pole werde, solange die Welt Welt ist, des Deutschen Bruder nicht werden. Das sollte uns dennoch nicht abhalten, wenn wir in der Lage wären, selbst feurige Kohlen auf sein Haupt zu sammeln. Wir sind aber nur in der Lage, ein Unrecht, das diesen eingeborenen Haß unendlich schüren mußte, wieder gut zu machen.

Wenn dieser Rath vielleicht moralisch gut und menschlich, aber nicht eben klug und umsichtig scheint, wenn er vielleicht bezeichnender für unsere Gemüthlichkeit als für unseren politischen Verstand gefunden wird, so geben wir ihn doch unserer Seite ohne alle Sentimentalität. Wir bilden uns nicht ein, daß jener alte Haß der Slaven gegen die Deutschen nach dem Akte der Herstellung durch Dankbarkeit werde ausgeilgt werden. Es gibt keine Dankbarkeit der Völker, Nichts ist vergeßlicherer Natur als große Massen. Wenn das wahr würde, was einmal Czartoryski in einer Rede sagte, daß das Feuer des Mißgeschicks alle Schlacken in den Polen tilgen würde, und daß sie die Dienste, die man ihnen leisten werde, nie vergessen wollten, so würde der Welt das Beispiel einer ganz neuen Völkertugend gegeben werden. Wir können nur hoffen, daß Verträglichkeit zwischen Deutschland und dem hergestellten Polen bestehen werde, wenn bei der Rekonstruktion Polens über die Interessen beider Theile vernünftig vertragen wird, und wenn es gelingt, Polen im Gegensatz von Rußland der westlichen Civilisation zugänglich zu machen.

Soll aber bei der Herstellung das Interesse beider Theile wohl berathen werden, so ist die erste Bedingung, daß, indem an Polen angefangen wird, Gerechtigkeit zu üben, nicht an den Deutschen Unrecht zu thun begonnen werde. Es würde sehr thöricht in Polens eigenstem Interesse sein, wenn man bei der Restauration in den phantastischen Grillen eines Theiles der Emigration eingehen wollte, die schon die Republik sogar in Petersburg einziehen sehen, und die ein Polen von der Dfsee bis zu dem schwarzen Meere mit Einem Schläge hergestellt, zurückgeschickt wissen wollen. Zurückgeschickt! Denn keineswegs kann das Alles schlechtthin Raub genannt werden, was von Polen bei seiner Existenz noch vergeben und verloren wurde; keineswegs ist Polen an seiner Theilung nur schuldlos und die Mächte nur schuldig gewesen. Will man bei der Grenzbestimmung von alten Verhältnissen ausgehen, will man, wie man die Kriege Polens mit dem deutschen Osten Rekonstruktionskriege genannt hat, so auch jetzt wieder in die Staatsideen Polens die Wiedererwerbung von Westpreußen und die Behauptung von ganz Posen einpassen, so wird man sich an dem Preußen, das den Grund zu der neuen Existenz Polens zu



legen bereit ist, einen Todfeind machen, der um so erbitterter sein würde, je mehr man ihn seine Gutmüthigkeit bereuen machte; man würde die alten Vernichtungskriege wieder heraufbeschwören und dann wäre es ohne Frage, bei dieser Auffchwung der deutschen Dinge, um Polen für immer geschehen. Nicht was einst polnisch war, kann zu dem neuen Polen gehören sollen, sondern was jetzt polnisch ist und sein will; die Landestheile, die wie der Regdistrikt entschieden deutsch sind und bleiben wollen, die andern, die wie der Fraustadter Kreis nur zu Posen geschlagen wurden, um die Provinz zu arrondiren, überhaupt alle Theile, deren Bevölkerung in der Ueberzahl deutsch und deutschgestimmt sind, können nicht polnisch werden, ohne Polen jetzt und später dieselben Verlegenheiten zu bereiten, die die Polen bisher Preußen und Oesterreich bereitet haben. Auch wird Deutschland unter keiner Bedingung gestatten, daß bei der Auseinanderlegung die Sicherung einer militärischen Grenze hintangesetzt werde. In Preußen selbst, und auch unter den besonnenen Polen scheint man die Nothwendigkeit einer solchen Vereinbarung zu empfinden, die keiner Nation zu nahe tritt. Wir erfahren aus Berlin, daß dort in der Universität in einer Studentenversammlung Abgeordnete des deutschen Komitès in Posen erschienen, die die furchtbare Lage der Deutschen darstellten: es kam da zu den glühendsten Versicherungen, die Deutschen nicht zu verlassen; es war der Rückschlag des deutschen Nationalismus, der auch in Frankfurt zu Tage kam. Man beschloß eine Adresse; das gewählte Komitè umgab sich mit einer beratenden Versammlung von polnischen und deutschen jungen Männern aus Posen und ging in das Detail der dortigen Verhältnisse in einer nächtlichen Sitzung ein. Das Resultat war: entschiedene Vorliebe für Polens Wiedergeburt, aber unerschütterliche Treue zu den Landsleuten. So hat auch der (radikale) politische Klub sich zu Gunsten der Deutschen ausgesprochen, und auch im konstitutionellen Klub schienen dieselben Gesichtspunkte vorzuwalten. Wie stünde es uns auch an, gegen die künftigen Geschicke unserer deutschen Brüder in Polen gleichgiltig zu sein? oder gleichgiltig gegen die Unabhängigkeit unserer deutschen Grenzmarken? In dem polnischen Theile von Posen opfern wir eine große Zahl Deutscher ohnehin dem neuen Reiche auf; dies ist nicht zu vermeiden; diese Impfreiser deutscher Bevölkerung müssen sehen, wie sie gedeihen. Doch wird es die Ehre Preußens verlangen, daß es bei der Abtretung die politische, religiöse und bürgerliche Gleichstellung dieser deutschen Einwohner mit den Polen durch Verträge garantirt. Sie mögen dann dort, wie die zerstreuten Polen in Preußen, als Pfänder gegenseitiger Freundschaft bleiben.

Wir wollen dies Mal nicht darauf weisen, wie die Diversion eines großen Nationalkriegs für einen edlen Zweck in diesen gegenwärtigen Zeiten wünschenswerth ist und wie die Befreiung Polens dieserhalb aus politischem Gesichtspunkte so rathsam ist, wie aus dem der Gerechtigkeit. Dies unterdrückte Land aus Rußlands Joch zu reißen, ist ein Ziel der Waffen des Epaminondas werth, der Messenien aus Sparta's Druck errettete. Wir haben lange genug erfahren, was die Angrenzung von Oesterreichs Despotismus unserer Freiheit geschadet hat und ernten jetzt die traurigen Früchte dieses Verhältnisses. So ist es uns auch wichtig, eine Zufluchtsstätte der Freiheit und der beginnenden Civilisation zwischen uns und Rußland zu haben. Von dieser Seite schlagen wir dies Zwischenreich höher an, als von Seite des materiellen Bestandes, den es uns geben wird. Wir haben Rußlands physische Macht nicht zu fürchten, von seinem moralischen oder lieber unmoralischen Einflusse wissen wir, was wir zu dulden hatten.

Man wirft uns nun freilich entgegen (und Solche thun es, die in der Nähe und Unmittelbarkeit der Verhältnisse die besten Kenner geworden sind): es werde sich noch fragen, ob ein hergestelltes Polen nur äußerlich bestehen, geschweige ob es innerlich gedeihen werde. In diesem Volke seien eben alle die Elemente noch ungeschmälert, ja vergrößert vorhanden, die meist seinen Fall herbeigeführt. Ein schwaches, durch Parteien zerrissenes Land, werde es uns keine Vormauer gegen Rußland bilden, sondern einen Zankapfel, der uns nicht zu Athem kommen und uns das Experiment seiner großartigen Befreiung bitter bereuen machen werde. Für die Deutschen und Juden in Posen sei der Begriff polnisch werden gleichbedeutend mit dem: — unterdrückt und verfolgt zu werden; die Straßen seien schon jetzt mit Flüchtigen bedeckt; schon jetzt üben fanatisirte Edelleute eine wahre Tyrannei aus, und mit der Herstellung werde die alte Herrschucht und Selbstsucht des polnischen Adels wieder beginnen; die polnischen Bauern, das wohl ahnend, hielten es mehr mit ihren preussischen Landräthen als mit ihrem Adel, und wären sie nicht unter preussischer Zucht menschlicher geworden, so hätten auch jetzt, auch hier ga-

litzische Greuelscenen gebroht. Kein einziger polnischer Gutsbesitzer habe bis jetzt angefangen, die Lasten seiner Bauern zu erleichtern, obgleich alle wissen, daß dies der einzige Weg ist, die Bauern zu gewinnen und ein Volk heranzuziehen. Nur eine Wiedergeburt der Polen selbst könne eine Wiedergeburt Polens nach sich ziehen: sie sei noch nicht erfolgt. Der polnischen Emigration seien allerdings die Augen über das Grundübel Polens aufgegangen; aber ihre demokratische Richtung findet bei dem Adel keinen Anklang; nicht wegen, sondern trotz derselben hat er sich dem Plane der Emigration angeschlossen; er traut sich Kraft genug zu, nach errungener Selbständigkeit ihre socialen Plane zu überwinden. So werde die alte Adels- und Pfaffenherrschaft hergestellt werden, und mit ihr der alte Schaden, und mit ihm die alte Noth für alle Nachbarn.

Wir glauben wohl, daß dies Alles nur zu begründet sein wird. Auch machen wir uns keine allzulänzenden Illusionen von der nächsten Zukunft des hergestellten Polens. Dennoch scheint uns, all dies der großen Mission der Zeit nicht in den Weg treten zu dürfen. Die europäische Civilisation muß einen Ausweg nach dem Osten suchen, der Naturzwang der Verhältnisse wird dahin führen. Es muß die Probe gemacht werden, ob die slavischen Völker der westlichen Bildung fähig sind oder nicht. Alles, was man von Polen Nachtheiliges sagen kann, hat man von Griechenland gesagt; auch hat man leider nur zu viel Recht behalten; dennoch wird Niemand darum wünschen, Griechenland möchte unter türkischem Joch lieber geblieben sein. Polen stand am Eingang einer Regeneration im Geiste des Westens, als man grausam seine letzten Glieder zerstückte. An diesem Ende muß wieder angeknüpft werden. Die gewaltfamen Unterbrecher der damaligen Umwandlung müssen sie nun vor sich gehen sehen, und man wird erfahren, welche Elemente der Bildung in den slavischen Stämmen vorausgesetzt werden dürfen. In die große Wüste des Slaventhums im Osten wird diese unruhige polnische Bevölkerung das erste Ferment eines neuen Bildungsprozesses zu werfen unstreitig die geeignetste sein. Sehr möglich, daß wir dem germanischen Elemente bei seiner ersten politischen Regung einen furchtbaren Stammesgegner heraufbeschwören, aber ohne daß sich diese deutschen Kräfte an großen glänzenden Aufgaben zu prüfen haben, erwarten wir ohnehin keine Einigung und keine dauernde Machtentfaltung dieses in geistigem Leben allzulange verweichlichten Volkes. Wir setzen Alles aufs Spiel, wird man uns einwerfen. Aber uns scheint, es steht bereits Alles bei uns auf dem Spiele, und wir wollen der Schlachtstellung der Figuren nur eine andere Richtung geben, bei der wir des Gewinnens sicherer zu sein glauben.

**Oesterreich.** Wien, 1. April. Das Fr. J. meldet von hier: Nachdem der sardinische Hof offen die Absicht ausgesprochen, das lombardisch-venetianische Königreich zur Unterstützung der Aufrechterhaltung zu überziehen, hat die österr. Gesandtschaft Turin verlassen; zugleich hat der Kaiser befohlen, der hiesigen sardinischen Gesandtschaft ihre Pässe zu ertheilen. Andererseits hat, nachdem ein Böbelhaufe in Genua das österr. Wappen vom k. k. Konsulat abgerissen und durch die Straßen geschleift, ohne daß die Behörden dagegen eingeschritten, der k. k. Konsultatsverweiser dasselbst seine Pässe gefordert.

Der Erzherzog Albrecht reichte gestern in Gegenwart der sämtlichen hier anwesenden Generale, dem provisorischen Kriegsminister, Fürsten Hohenlohe, seine Entlassung als Kommandirender Niederösterreichs ein. Sr. k. Hoheit drückte den Wunsch aus, dem Vaterlande im Falle der Noth gegen äußere Feinde, sein Blut und Leben opfern zu können. Abends reiste er nach seinem Gut Seelowitz ab. Der Erzherzog Ludwig weidat dem dennernden Angriff, der sich voreist durch Kossuths entflammende Rede in Brestburg öffentlich Luft machte, und verläßt heute die Hauptstadt. Die Mißstimmung gegen diesen reaktionären Prinzen hatte auch hier schon den höchsten Grad erreicht.

**Preußen.** \*\* Berlin, 4. April. Im Eingang der zweiten Sitzung des Ver. Landtags, heute Vormittag, wurde ein königl. Propositionsdekret verlesen, die für die Nationalvertretung am Bundesstage anzuordnenden Wahlen betreffend. Die zum Ver. Landtag versammelten Stände der Bundesprovinzen sollen 113 Abgeordnete für das Parlament wählen, nach der Kopfzahl einer jeden Provinz, z. B. für Brandenburg 19, für Pommern 11, für die Rheinlande 25 u. Der Provinz Preußen und der Provinz Posen ist es freigestellt, zu wählen oder nicht; dann kämen auf erstre 23, auf letztre 12 Mitglieder. Die Wahl kann nur Männer der Provinz treffen, welche wählt. Sollte vor Eröffnung des Parlaments die neue Volksvertretung organisiert sein, so behält die Regierung sich vor, neue Wahlen vornehmen zu lassen. — Hierauf interpellirte der Abg. von



Schenkendorf in höchst brutaler Weise das Staatsministerium, welche Maßregeln es zu treffen gedenke, um die Ordnung herzustellen, welche es bis jetzt getroffen habe; bis jetzt sähe er nur „ein Einreißen des Bestehenden“, eine Schwächung jeder Autorität; die Marine, welche gestern Graf Arnim als die seines Cabinets bezeichnet, „den Ereignissen immer einen Schritt vorauszuweichen“, unterwarf er seinem Tadel. Minister v. Auerswald versprach, morgen die Maßnahmen zu nennen. Graf Arnim verteidigt seinen Grundsatz; man müsse klar erkennen, was die Zeit verlange, dann aber Alles und ganz aufrichtig geben; nie dürfe sich der Staatsmann überflügeln lassen; sonst werde ihm nach und nach abgedrungen, was er mit vollen Händen spenden konnte. Abg. v. Beckerath redet dem Ministerium das Wort. „Die Ereignisse haben ein Bestehendes eingerissen; Thaten haben ein System eingerissen, wogegen wir mit Worten nichts vermochten. Das System ist gestürzt, ein neues trat an die Stelle.“ Der Landtagskommissär Camphausen antwortet dem wiederauftretenden Oppositionsmann mit der ihm eignen Schärfe und Klarheit; allerdings jetzt gelte es erst, die Grundsteine niederzulegen, welche bestimmt sind, den Neubau des Staats zu tragen für die nächste und kommende Zukunft. — Graf v. Bismark-Schönhausen interpellirte sodann wegen unsrer auswärtigen Angelegenheiten, namentlich in Betreff Dänemarks, und beklagt den gesunkenen Verkehr. Frhr. v. Arnim, Minister des Ausw., gibt folgende Erklärung, ausdrücklich in Bezug auf Schleswig-Holstein: „Ich bin für jedes Wort, das ich hier rede, verantwortlich. Sie werden mich niemals ein Wort, das ich hier gesprochen, zurücknehmen hören. Wir haben an Dänemark nicht den Krieg erklärt. Wir machen nur eine Expedition zum Schutze der deutschen Grenzen und deutscher Rechte. Es gilt, Eventualitäten zuvorkommen. Der Bundesbeschluß vom 17. Sept. 1846 behielt dem Bunde die Kompetenz vor, die Rechte Aller und Jeder, d. h. des Bundes selbst, der erbberechtigten Agnaten und Holsteins wahrzunehmen. Preußen anticipirt nur eben, was in Folge dessen der Bund beschließen wird und muß. Vielleicht kommt es nicht zum Kriege. Die dänische Regierung begreift ihre eigne Stellung in Europa besser. Auch hat eine befreundete Macht ihre Vermittelung angetragen. Sobald Näheres bekannt ist, werde ich es vortragen.“ — Sodann ging die Versammlung zur Berathung jener zum Voraus verkündigter Verfassungspunkte über, worüber wir den Bericht morgen werden folgen lassen.

\* Elst, 28. März. Heute war hier das Gerücht verbreitet, daß unsere Memelbrücke vorläufig noch nicht aufgesetzt werden solle, als Sicherheitsmaßregeln gegen die Russen. Die Verwirklichung derselben würde nur Angst vor den Russen beweisen, im Uebrigen aber nur störend auf den Verkehr wirken, ohne irgend welche Sicherheit zu gewähren. — Eine andere viel wichtigere, heute hier verbreitete Nachricht ist die, daß die an unserer Grenze befindlichen russ. Truppen in der Nacht vom 25.—26. d. per Eskadette aus Petersburg den gemessenen Befehl erhalten haben, sich sofort marschfertig zu machen, um bei dem ersten Ausbruche von Unruhen in das Innere des Landes sich zurückzuziehen, so lange aber sich auf das Strengste vor Verletzung des preuß. Gebiets zu hüten. Bei den jetzt vielfach ausgesprochenen Gerüchten von dem Anmarsch russischer Truppen gegen die preuß. Grenze, namentlich von dem baldigen Anlangen dreier Armeekorps, kann ich zur Beruhigung aus sicheren Quellen mittheilen, daß nach allen befalls eingezogenen Erkundigungen diese Gerüchte sich durch Nichts bestätigt haben. Ferner kann ich hinzufügen, daß auch die russ. Grenzbesetzung von Polangen bis Thorn durch Kosaken und Grenzwächter noch dieselbe ist, wie seit Jahren, und daß nur wegen des im Laufe des vergangenen Winters vorzugsweise an unserer nördlichen Grenze überhand nehmenden Schmuggelhandels die dortigen Kosakenpitets um circa 80 Mann verstärkt sind.

Berlin. Das Gerücht, daß der Kaiser von Rußland Polen freigegeben und ihm den Herzog von Leuchtenburg zum König gesetzt habe, entbehre, wie sich denken läßt, jedes Grundes. Dagegen bestätigt sich eine von der Post. Z. mitgetheilte Nachricht, daß 300 Polen, welche vom Preussischen aus in das Königreich Polen einzudringen versucht hätten, jenseit der Grenze sämmtlich gefangen genommen wurden.

\*\* Posen, 31. März. Seit 10 Tagen besteht hier und im ganzen Großherzogthum Posen ein Zustand der größten Aufregung und spannender Ungewißheit. Die deutsche Presse hat sich bei dem Sturme der Ereignisse, der über Deutschland selbst hereingebrochen ist, mit den hiesigen Vorgängen wenig beschäftigen können und nach der Posener Zeitung, welche es mit keiner Partei verderben will, könnte man glauben, es beuge sich hier die Umwälzung des Bestehenden überall in aller Liebe und Brüderlichkeit beider Nationalitäten. So ist es aber keineswegs. An freundschaftlichen Proklamationen des polnischen und des deutschen Nationalkomites, an lautem Jubel, begei-

sterten Reden, festlicher Einholung der Amnestirten, Illuminationen hat es nicht gefehlt, und doch war fortwährend die dringendste Gefahr vorhanden, daß die friedliche Umwandlung plötzlich in blutige Revolution umschlagen könne. Die Familien der Beamten und Militärs sind dem größeren Theile nach bereits in den ersten Tagen der hiesigen Bewegung entflohen, und auch jetzt ist die Gefahr, daß die friedliche Reorganisation des Großherzogthums durch unheilvollen Kampf gestört werden könne, nicht vorüber. Mobile Kolonnen sind von hier ausgesendet worden, um die von den polnischen Komites der Provinz außer Funktion gesetzten Kreisbehörden wieder einzusetzen, die deutsche Bevölkerung vor Gewaltthätigkeiten, welche an mehreren Orten bereits vorgekommen, zu schützen und der drohenden Anarchie vorzubeugen. Auch das hiesige polnische Komité ist eifrig bestrebt, durch ausgesendete Kommissarien auf Erhaltung der Ordnung, Sicherheit der Personen und des Eigenthums hinzuwirken. Ob aber die Massen überall zu zügeln, ob nicht vielleicht gar, wie von vielen Seiten befürchtet wird, die Sensenmänner gegen ihre Guts Herren mit Plünderung und Mord losbrechen werden, ob das erbitterte Militär immer mit der erforderlichen Mäßigung verfahren wird, läßt sich mit Sicherheit nicht voraussehen. Bisher ist durch das milde, nachgebende Verfahren des Oberpräsidenten von Beumann und des kommandirenden Generals von Colomb die friedliche Entwicklung der Dinge wesentlich gefördert worden, daß aber die deutsche Bevölkerung mit dieser Entwicklung zufrieden sei, läßt sich nicht behaupten. Es haben sich vielmehr hier sowie in vielen andern Städten deutsche Nationalkomites gebildet, welche, soweit es sich um Erhaltung der Ruhe handelt, mit den Polen gemeinschaftlich wirken, daneben aber mit allem Eifer bestrebt sind, die deutschen Interessen zu wahren. Die hiesigen Zustände und das gegenseitige Verhältniß beider Nationalitäten werden in Deutschland häufig verkannt, und doch ist es im eigenen Interesse Deutschlands, dringend wünschenswerth, daß es sich eifrig damit beschäftige und insbesondere nicht dulde, daß ihm Gebiets-theile entzogen werden, deren Bewohner nach Gesinnung und Sprache ganz deutsch sind und deutsch bleiben wollen. Es leben hier im Großherzogthum neben 700,000 Polen 500,000 Deutsche, die Mehrzahl der letzteren in den Grenzkreisen. So sind z. B. Brozberg, Schneidemühl, Schwerin, Meseritz, Rawitsch, Pissa, Rawitsch und viele andere durchaus deutsch oder es ist wenigstens die Zahl der in diesen Städten und ihrer Umgegend wohnenden Polen von so geringer Bedeutung, daß nicht bloß von einem Ueberwiegen, sondern von einer vollständigen Herrschaft des deutschen Elements in diesen Gegenden geredet werden muß. Hier in der Stadt Posen ist die Bevölkerung halb polnisch, halb deutsch, und auch in fast allen anderen im Innern der Provinz gelegenen Städten ist das deutsche Wesen zu größerer oder geringerer Geltung gelangt. Außerdem gibt es im Innern auch sehr viele Dörfer und Bezirke, die rein deutsch sind und von polnischen Dörfern rings umschlossen werden. Diese gemischte Bevölkerung macht hier eine beide Partien zufriedenstellende Lösung der polnischen Frage äußerst schwierig. Es ist kein Wunder, daß die hiesigen deutschen Bürger und Handwerker, die große Zahl der jüdischen Kaufleute, welche sich dem Deutschthum anschließen, den jungen Tag polnischer Freiheit nicht mit Freude, sondern mit Besorgniß heraufziehen sehen, daß sie mit dem jetzigen Verfahren der Behörden höchst unzufrieden sind und auf energische Maßregeln gegen die polnischen Bestrebungen dringen. Der Freundschaft und Brüderlichkeit, welche jetzt urplötzlich seit den Berliner Ereignissen der deutschen Bevölkerung in öffentlicher Proklamation seitens der Polen angetragen werden, traut man nicht, und es ist auch kaum denkbar, daß die innige Sympathie, die in ganz Deutschland zwischen Deutschen und Polen besteht, und jetzt laut verkündet wird, hier sofort in alle Herzen dringen könne, hier wo lange Jahre hindurch der bitterste Haß genährt worden ist. Doch, was vermag nicht die Gewalt der jetzigen Zeit! Vielleicht stehen Polen und Deutsche bald als Verbündete einem gemeinschaftlichen Feinde, der Despotie, gegenüber und dann läßt sich hoffen, daß auch hier die entgegengesetzten Interessen beider Nationalitäten zu einer schnellen und glücklichen Ausgleichung gelangen. Die Kommission, welche mit dem Oberpräsidenten über die nationale Reorganisation des Großherzogthums in Berathung getreten ist, besteht aus folgenden Mitgliedern: Graf Wielzynski, Dr. Diebelt, Dr. Kraszewski, Graf Potworowski, Landgerichtsrath und Just. Kom. Gregor, Probst Prusinowski, Regierungsassessor Szuman, Generallandschaftsdirektor von Brodowski, Oberbürgermeister Raumann und Landgerichtsrath und Justizkom. Boy. Nur die beiden zuletzt Genannten sind Deutsche, die Persönlichkeit sämmtlicher Mitglieder jedoch berechtigt zu der Erwartung, daß ihre Anträge auf eine friedliche Entwicklung der Dinge hinwirken werden. Vorgestern hat die Berathung stattgefunden, bei welcher dem Vernehmen nach schleunige Organisation eines polnischen Armeekorps und



Befetzung der obersten Beamtenstellen mit Polen in Antrag gebracht worden ist.

\* **Bromberg**, 2. April. Aus allen Theilen des Regiments, der bis zum Jahr 1806 zu Westpreußen gehörte, seit 1815 aber der Provinz Posen einverleibt wurde, gehen Deputationen und Adressen an den Landtag ab, um den Anschluß dieses Theils der Provinz Posen, wo die überwiegende Mehrzahl der Bevölkerung aus Deutschen besteht und das deutsche Element entschieden vorherrscht — an den deutschen Bund auszusprechen und zu sichern. Man ist hier fest entschlossen, jeder Beeinträchtigung der deutschen Nationalität mit Kraft und Nachdruck entgegenzutreten.

**Baiern.** — München, 5. April. Bei der gestern stattgefundenen Wahl zur Vermehrung der Mitglieder der Ausschüsse wurden in den ersten Ausschuss bei 98 Stimmenden (Majorität 50) gewählt: 1) Professor Dr. Zenger mit 98 Stimmen, 2) Professor Dr. Engelhard mit 80 Stimmen. In den zweiten Ausschuss (98 Stimmende, Majorität 50): 1) der Abgeordnete, Regierungsdirektor Schwintl mit 71 Stimmen; 2) der Abg. Frhr. v. Schäßler mit 62 Stimmen. In den dritten Ausschuss: I. Skrutinium (94 Stimmende, Majorität 48): 1) der Abg. Rath mit 73 Stimmen, 2) der Abg. W. Esfer mit 50 Stimmen. Im II. Skrutinium (dieselbe Zahl): 3) der Abg. Zeyer mit 72 Stimmen.

Zugleich theilte ich ihnen folgendes Aktenstück mit: „An die sehr verehrlichen Mitglieder der Kammer der Abgeordneten, dernal zu Frankfurt a. M. Die Kammer der Abgeordneten hat in der heutigen Sitzung vom 4. April das unterzeichnete Direktorium beauftragt, die verehrlichen Mitglieder, welche dernal bei der Nationalversammlung in Frankfurt anwesend sind, unverweilt vor Abgang der Post in Kenntniß zu setzen, daß die Kammer durch einstimmigen Beschluß sich dahin ausgesprochen hat, daß sie zur Erzielung der Einheit Deutschlands und eines deutschen Parlaments auf den Grundlagen des reinen Princips der konstitutionellen Monarchie sich fortan zu bewegen und nur in diesem Sinne und Geiste der Entwicklung des staatlichen Lebens die von der Zeit geforderte Vervollkommnung zu verschaffen gemillt sei, mit Beifügung des Wunsches, daß die in Frankfurt anwesenden verehrlichen Mitglieder dieses Princip als Grundlage ihrer Wirksamkeit aufnehmen, festhalten und in dessen Förderung und Vervollkommnung ausharren mögen. Hochachtungsvoll Dr. Müller II. Präs. Stockinger I. Sekr.“

**Württemberg.** \*\* Stuttgart, 5. April. In den letzten Tagen war ziemliche Ruhe in unserem politischen Leben, man hatte gespannt der Frankfurter Beschlüsse. Jetzt regt sich wieder. Schon das kriegerische Ansehen der Stadt seit einigen Tagen macht Leben. Militär zieht aus, die Uebungen der Bürger gehen vorwärts. An Waffen fehlt es bedeutend. — Gestern Abend war hier eine Arbeiter-versammlung, von einem unserer Hauptagitatoren, dem Fabrikanten Rau aus Gaildorf, geleitet. Sie will Republik und hat diese Gesinnung in Adressen an die Regierung und an die Vorversammlung in Frankfurt kund gegeben. Sie will auch Sorge für alle brodlos gewordenen Arbeiter durch die Regierung. — In einem andern Lokale bildete sich ein Klub, der die bevorstehenden Wahlen, besonders für die Nationalversammlung, in die Hand nehmen will. Es waren zunächst Grundzüge, über die man sich einigte. Der Ueberlassung des Wahlmobus in die Willkür der einzelnen Staaten war Niemand günstig, wohl aber den ausgesprochenen Grundzügen der Frankfurter Versammlung. Unsere Wahlart muß wesentlich verändert werden, um diese Grundzüge zu wahren. Wir wollen direkte Wahlen, Berechtigung jedes Staatsbürgers, während bisher bloß die Steuerpflichtigen, und zwar in großem Uebergewicht bloß die Höchstbesteuerten aktives Wahlrecht haben. Wir wollen Aufhebung aller bisherigen Wahlrechte. Endlich war die entschiedene Ansicht die, daß nicht in kleinen Bezirken je 1 Abgeordneter, sondern etwa in unsern 4 Kreisen je 8 oder 9 Mitglieder gewählt werden sollten, letzteres besonders um den Einfluß der Standesherrn zu neutralisieren. Auf Verwirklichung dieser Grundzüge arbeitet der Verein durch die Presse und das Volks-versammlungsgerechtig hin. Specielle Wahlvorschläge werden folgen. — Inzwischen bilden sich im ganzen Lande vaterländische Vereine, hauptsächlich für die würtemb. Wahlen, die Volksbewaffnung etc. Sie haben jetzt ein reiches Feld der Thätigkeit.

**Sachsen.** \* Leipzig, 1. April. Am gestrigen Abend fand hier eine Versammlung statt, wie sie weder hier, noch anderwärts je stattgefunden hat. Deutschland befindet sich gegenwärtig in einer politischen Krise, deren Folgen wir noch gar nicht absehen können. Nun tritt hier ein Verein von Männern auf, welche kirchliche Grundzüge veröffentlichen, die ebenfalls einen ungeheuern Riß in das Staatsleben machen müssen. Dr. Zille, evangelischer Prediger hier, Herausgeber

der tüchtigen Zeitung für die christliche Kirche, besprach sich mit einigen hiesigen Männern, Pred. Rauch und den DD. Haltaus und Zestermann, ob es nicht zeitgemäß und segensbringend sei, die Grundzüge, welche allen Konfessionen gemeinsam sind und ein gegenseitiges Band des religiösen Friedens sind, aufzustellen und zu veröffentlichen. Genannte Herren kamen überein, diese Idee zu verfolgen und deshalb intellektuelle Männer der verschiedenen hiesigen Konfessionen zur Realisirung dieser Idee aufzufordern. Die ersten Schritte fanden sogleich Anklang und schon in einer der nächsten Sitzungen beschlossen die anwesenden Glieder des Vereines, den aufgeregten Zeitpunkt zu benutzen und eine Adresse an die Herren in Frankfurt zusammengekommenen Männer der politischen Freiheit Deutschlands zu richten, in welcher sie folgende Ansichten öffentlich vertreten: Hauptquelle aller kirchlichen Zerwürfnisse ist die verschiedene Behandlung der Konfessionen von Seite des Staates, indem er einige bevorzugt, andere zurücksetzt. Daher verlangen sie gegen die Zurücksetzung „völlige Rechtsgleichheit für jedes religiöse Bekenntniß und jeden kirchlichen Verein, der nicht mit den Gesetzen des Staates im Widerspruch steht.“ Keinen kirchlichen, sog. christlichen Staat. Keine bloße Duldung. Gleiche bürgerliche Berechtigung für alle Konfessionen, welche den gleichen Zweck sittlicher Vollendung der Menschheit haben. Gegen die Bevorzugung verlangen sie: Trennung der Kirche vom Staat. Und zwar keine Staatskirche; der Staat sei unabhängig von der Kirche. Der Staat knüpfe an die religiösen Anschauungen, Versammlungen und Handlungen keine rechtlichen, staatsbürgerlichen Folgen; er führe Geburts-, Schulentlassungs-, Ehe- und Todtenverzeichnisse, verwandle den Eid in eine öffentliche und feierliche Versicherung und betrachte die kirchlichen Feiertage als bürgerliche Ruhetage. Die Kirche sei unabhängig vom Staate. Jede kirchliche Gemeinschaft habe das Recht der Anordnung und Leitung ihrer Angelegenheiten durch aus ihrer Mitte gewählte Vertreter und Beamte, das Recht der Gesetzgebung, der Verwaltung und der Beaufsichtigung ihres Gemeinwesens. Das bischöfliche Recht des Landesherrn und das Patronatsrecht sei aufgehoben. Die Kirche erziehe dem Staat sittliche Bürger, der Staat schütze und stütze die Kirche und übe das Recht der Nichtbestätigung und Verbietung, wenn einzelne kirchliche Einrichtungen und Gebote oder ganze kirchliche Gemeinschaften dem Staatszwecke zuwider sein sollten. Diese Grundzüge, nicht neu, erhalten eines Theils durch ihre Zusammenstellung, andern Theils dadurch eine welthistorische Bedeutung, daß sie, was noch nie geschah, als Grundzüge und Wünsche der Prediger von fünf hier lebenden verschiedenen Konfessionen gemeinsam aufgestellt und einem deutschen Parlament als Adresse vorgelegt werden. Es kann nicht ausbleiben, daß ein so gemeinsamer Schritt im ganzen Vaterlande große Sensation hervorrufen wird, da nur in religiöser Freiheit der wahre Friede herrlich gedeihen kann. Indem von Leipzig aus der erste Schritt geschieht, auch in religiöser Hinsicht jede bürgerliche Gleichstellung und völlige Glaubensfreiheit zu erzielen, werden gewiß Tausende im deutschen Vaterlande den gemeinsamen Aufruf beherzigen und die Ideen zum Heil des Vaterlandes zu verwirklichen suchen. Es konnte nicht ausbleiben, daß auch die Kirche den Augenblick der Erhebung benutzte, um sich Freiheit zu erringen, damit der Haß und jede Reibung schwinden und Eintracht blühe und Segen bringe. Unterzeichnet ist die Adresse von: Agathoboulos, Archimandrit; Blas, evang.-reform. Pastor; Fischer, Archidiaconus der evang.-luth. Kirche; Dr. Friede, luther. Licentiat; Hanke, römisch-kath. Prediger; Zellinek, israel. Prediger; Kell, evang. Rektor; Rauch, christlich-kath. Prediger; Prof. Theile, evang.-luth. Docent; Dr. Zille, luther. Prediger, sowie von einigen Laien genannter Kirchen. Gestern Abend ward zu Gunsten dieser Adresse eine öffentliche Versammlung im Saale der Buchhändlerbörse gehalten, wo die Prediger verschiedener Konfessionen, Dr. Zille, Fr. Friede, Blas, Zellinek und Rauch ihre Ansichten über die Adresse aussprachen. Das Resultat dieses höchst interessanten Abends war ein erfreuliches. 292 Anwesende unterzeichneten die Adresse, welche unserm Landtagsdeputirten Todt in Frankfurt überantwortet werden soll. Gott walle, daß sie Segen bringe.

**Baden.** □ Karlsruhe, 5. April. Die hiesige Zeitung bespricht in einem Artikel vom 3. d. M. die Ernennung des Markgrafen Wilhelm zum Kommandanten des achten Armeekorps in der alten Popsmanier. Wir bemerken zum Voraus, daß wir gegen diese Ernennung außer den in dem Artikel selbst enthaltenen bezüglich auf die Gesundheitsverhältnisse des Ernannten keine Einwendung zu machen wissen; daß aber für den Fall des hiernach in Bälde zu erwartenden Rücktritts des genannten Befehlshabers schon für einen andern Prinzen gesorgt sein soll, mußte uns höchlich in Erstaunen setzen. Soll denn auch in jetziger Zeit vorzugsweise die Geburt die Befähigung zu solchen Stellen geben? Hat die Geschichte der Beispiele noch nicht



genug geliefert, wie Deutschland den unglücklichen Ausgang seiner Kriege stets der Unfähigkeit seiner Feldherren, welche vorzugsweise in den höhern Regionen gesucht worden sind, zuzuschreiben gehabt? Ist man in dieser Beziehung nach so vielen traurigen Erfahrungen nicht zu besserer Einsicht endlich gelangt, so können wir einem feindlichen Zusammenstoß mit fremden Völkern in der That keinen glücklichen Erfolg vorherhersagen. Wir können den württembergischen Prinzen nicht, welcher nach dem Rücktritte des Markgrafen Wilhelm zu diesem Kommando ausersehen ist. Allein zu der Erwartung glauben wir jeden Falls berechtigt zu sein, daß nicht seine Eigenschaft als Prinz, sondern lediglich seine Befähigung das Motiv zu seiner Ernennung geben wird.

**Braunschweig, 2. April.** Heute eröffnete der Herzog die Stände mit folgender Rede: „Meine Herren Stände! Ich heiße Sie herzlich willkommen und freue Mich, die Gelegenheit zu haben, den Vertretern des Landes Meinen aufrichtigen Dank auszusprechen für die vielen und unzweideutigen Beweise von Anhänglichkeit und Liebe, welche Mir in dieser Zeit aus allen Theilen des Landes zugekommen sind. Ich habe Sie so schnell zu diesem außerordentlichen Landtage berufen, weil Ich, in festem Vertrauen auf die Biederkeit und Besonnenheit der Braunschweiger, nicht länger zögern wollte, dem Lande die wichtigsten politischen Rechte zu verleihen. Die in der Verordnung vom 13. d. M. angekündigten Gesetzesvorschläge werden Ihnen unverzüglich vorgelegt werden, besonders das Gesetz über die Oeffentlichkeit Ihrer Verhandlungen, und es sind Vorkehrungen getroffen, damit daselbe nach seiner Annahme sofort in Ausführung gebracht werde. Es hat vielleicht nie einen Zeitpunkt gegeben, in welchem einmüthiges und kräftiges Zusammenwirken der Regierungen und Stände eine so dringende Nothwendigkeit gewesen wäre. Ich wünsche daher eine völlige Befestigung der bei den Verhandlungen über den Staatshaushalt auf dem letzten ordentlichen Landtage unerledigt gebliebenen Punkte. Mein Staatsministerium ist angewiesen, Ihnen mit ausgleichenden Vorschlägen entgegenzukommen, deren Annahme Ich Ihnen empfehle. Lassen Sie uns den großen Bestrebungen für die Freiheit, Einheit und Unabhängigkeit Deutschlands alle unsere Kräfte weihen. Lassen Sie uns den vielleicht kommenden Gefahren mit Ruhe und Entschlossenheit entgegengehen. Ein äußerer Feind bedroht die nördlichen Grenzen des Bundes, und ein stammverwandtes Land soll wider Recht von Deutschland losgerissen werden. Die Regierungen des nördlichen Deutschlands erkennen die gebieterische Pflicht, in Uebereinstimmung mit der laut ausgesprochenen Ansicht des Volkes, einen solchen Angriff nicht zu dulden. Ich werde daher unseren deutschen Brüdern in Holstein militärische Hilfe gewähren, und erwarte von Ihrer Vaterlandsliebe, daß Sie die erforderlichen Mittel bewilligen. Das große Werk der Regeneration des deutschen Bundes hat bereits begonnen, und Abgeordnete nehmen in Gemeinschaft mit den Bundestagesgesandten an diesen hochwichtigen Arbeiten Antheil. Ich hoffe mit Zuversicht, daß auf diesem Wege die Freiheit, Einheit und Unabhängigkeit Unseres gesammten Vaterlandes dauernd und fest begründet werde. Welche Ereignisse aber auch kommen mögen, Ich sehe getroßt der Zukunft entgegen, denn Ich weiß, daß Ich auf Ihren Beistand und auf die treuen Herzen Meiner Braunschweiger zählen kann. Sie werden in den Stunden der Gefahr, wenn es gelten sollte, die innere Ruhe oder die Unabhängigkeit Deutschlands zu vertheidigen, Sich erheben und eingedenk des ererbten Ruhmes Mir folgen zu Kampf und Sieg, wie Meinem Vater, dessen glorreiches Andenken in jedem deutschen Herzen lebt. Möge Ihre Arbeit zum wahren Heile des Landes gereichen!“

**Schleswig.** \* Rendsburg, 2. April. Das Rendsburger Tageblatt enthält das folgende Schreiben der prov. Regierung an den König vom 26. März:

Die allerunterthänigsten Unterzeichneten haben sich in ihrem Gewissen gedrungen gefühlt, einen Schritt zu thun, den vor Ew. Majestät zu rechtfertigen, sie für ihre erste Pflicht erachten. Sie haben sich in Ew. Majestät Namen als provisorische Regierung der Herzogthümer Schleswig-Holstein konstituiert. Ew. Majestät fanden bei Höchstdero Regierungsantritt die öffentlichen Verhältnisse Ihrer deutschen Herzogthümer in einer Lage vor, welche, weit entfernt, deren Rechten, Wünschen und Interessen zu entsprechen, selbst das gegenseitige Vertrauen zwischen Fürst und Volk tief erschüttert zeigte. Diefentigen Maßregel, welche, als Versuch allseitiger Veröhnung durch Höchstdero Verweiser vorbereitet, von Ew. Majestät in den ersten Tagen Ihrer Regierung proklamirt wurde, vermochte bei weitem nicht die Spannungen zu lösen, welche die Gemüther erfüllten, vielmehr fanden sie in dem Entwurf einer Gesammtstaatsverfassung um so mehr neue Nahrung, als man sich geflissentlich in die schwierige Alternative, entweder der Freiheit oder der Nationalität unverantwortliche Opfer bringen zu müssen, gestellt sehen konnte. Ew. Majestät ist es nicht unbekannt geblieben, mit welchem Ernst, aber auch mit wie tiefem Bewußtsein der androhenden Gefahren sich die Herzogthümer der Wahl erfahrener Männer unterzogen. In der Natur der Sache lag es, daß man sich bereits mit diesen Vornahmen gleichsam auf das Aeußerste gestellt sah; und indem sich das Land völlig bewußt war, welchen Schritt es als den letzt-möglichen zu betrachten habe, konnte die Frage nicht ausbleiben, was dann

werden müsse und könne. Waren schon diese Verhältnisse in hohem Maße aufregend, so mußte der ärger als je geübte Polizeidruck, die ärger als je gehobene Censur um so unerträglicher erscheinen, als dergleichen auf das Entschiedenste mit dem in Aussicht gestellten konstitutionellen Rechte kontrastirte. Das dann erlassene Gesetz wegen Freiheit der Presse entsprach so wenig den gerechten Erwartungen des Landes, daß mit demselben erschlichen das Belieben der Polizei- und Regierungsgewalt noch ungleich schärferen Zwang auszuüben vermochte, als je zuvor mit der Censur. Gleichzeitig wurden Maßregeln getroffen, welche das Recht und das Gefühl der Schleswig-Holsteiner verletzen mußten. Es wurde die Paderlebener gelehrte Schule, die Jahrhunderte hindurch eine deutsche gewesen war, ohne Weiteres in eine dänische verwandelt. — Und während man in den Herzogthümern einen Mann an der Spitze der Regierung ließ, der so wenig sich als andere über die in Betreff Seiner obwaltende Stimmung täuschen konnte, ward in eine der höchsten Staatsstellen zu Kopenhagen derjenige Mann berufen, der den Herzogthümern seit 1844 durch seinen Antrag auf eine Gesammtverfassung nur zu bekannt ist. Zu diesen immer neuen Anreizungen der Mißstimmung und des Mißtrauens kam die Kunde von der großen Umgestaltung der Verhältnisse Frankreichs, kam in rascher Folge die aufschwellige Bewegung in allen deutschen Gebieten, die schon der Erfüllung nahe Hoffnung auf innigste Verschmelzung aller deutschen Stämme und Staaten, die raschen und glücklichen Fortschritte freiwilliger Entwicklung.

Schon die sichere Kühnheit dieser deutschen Bewegung konnte nicht anders als auch auf Ew. Maj. deutsche Unterthanen einen tiefen Eindruck machen. Mehr wie je fühlten sie sich deutsch. Zugleich hatte der Vorgang Frankreichs Fragen aufgeregt, die, wie nun einmal die Lage der Gesellschaft ist, überall tiefen Nachhall finden müssen. Mit reisender Schnelligkeit schwand in dem Lande die Autorität der bestehenden Gewalten vor der größern Macht allgemeiner volksthümlicher Bewegung; es zeigte sich die gänzliche Unhaltbarkeit jenes Mißsystems, das man in den Herzogthümern durchgeführt hat, es schlug plötzlich dahin um, zu einer Gefahr zu werden, deren Bedrohlichkeit wir täglich wachsen sahen. Ew. Majestät ist es in den letzten Tagen von vielen hochangesehenen Männern, deutschen wie dänischen, die die Lage der Herzogthümer kennen, offen ausgesprochen worden, daß, wenn nicht schleunigst den oft ausgesprochenen Forderungen Höchstführer deutscher Länder Genüge geschähe, dieselben einer Katastrophe entgegengingen. Die Kunde von den Kopenhagener Vorgängen der letzten Wochen war nichts weniger als geeignet, die Gewaltthatigkeit dieser Lage zu lindern. Große Versammlungen, welche die oft wiederholte Annahme, daß Dänemark bis zur Eider reiche und reichen müsse, mit erneuerter Schärfe aussprachen, Gerüchte von Volksbewegungen, Klüftungen, äußersten Beschlüssen schienen den Herzogthümern die Gefahr, die ihnen drohe, völlig nahe zu rücken. Eine Versammlung dänischer Deputirter beider Herzogthümer sandte aus ihrer Mitte 5 Männer nach Kopenhagen, um Ew. Maj. die Lage der Herzogthümer vorzustellen. Man erwartete die erste Nachricht von ihrem Empfange mit dem Dampfschiff, das seiner regelmäßigen Bestimmung nach am 23. früh Morgens nach Kiel zurückkehren mußte. Das Dampfschiff blieb aus: briefliche Mittheilungen aus Kopenhagen, die vom 22. Abends datirt waren, sprachen von raschen Bedenken in den höchsten Staatsämtern, von beabsichtigten Truppenbewegungen. Die eintreffende Berlingsche Zeitung bestätigte wenigstens das Abtreten der bisherigen Minister in Folge einer großen Volksbewegung. Wohlverbürgte Nachrichten nannten als an deren Stelle einretend diejenigen Männer, welche unablässig die Einverleibung Schleswigs in Dänemark gefordert haben. — Zu dem allen blieb das Dampfschiff während des ganzen 23. aus und es gewann die Meinung, daß es zurückgehalten sei, um Truppen herüberzuschaffen, große Wahrscheinlichkeit. Das Land konnte Ew. Majestät nicht mehr frei in Höchstdero Entschlüssen glauben, es konnte nicht glauben, daß der Herzog von Schleswig-Holstein mit gutem Willen sein souveränes Herzogthum Schleswig den Dänen Preis geben könne; es mußte gemeint sein, mit seinen Rechten und seiner Freiheit zugleich die seines königlichen Herzogs gegen die Dänen zu vertreten. Schon hatten sich die Bürger mehrerer Städte und Flecken bewaffnet, die Polizei vermochte es nirgend mehr zu hindern. Der Versuch, militärische Gewalt anzuwenden, würde nicht bloß zu Blutvergießen, er würde, da die Truppen Landesfinder sei, unfehlbar zur Meuterei geführt haben. Auf die Kunde, daß das Waffendepot aus Kiel am 22. d. hinweg geschafft werden sollte, war der Aufruhr im Begriff loszubrechen, und dem vorzubeugen, gelang nur durch vermittelndes Einschreiten und durch die Bereinbarung, durch Bürger und Soldaten sämtliche Posten gemeinsam zu besetzen. Das erwähnte Ausbleiben des Dampfschiffs am 23. und die von Kopenhagen angegangenen Nachrichten konnten, weil nicht sozgleich Entscheidendes geschah, das Letzte zur Folge haben.

Unter solchen Umständen glaubten die allerunterthänigst Unterzeichneten sich befugt und verpflichtet, das zu thun, was allein noch gethan werden konnte. Sollte Ew. Majestät Höchstdero deutsche Herzogthümer erhalten, sollte das Land vor völliger Anarchie und Aufruhr bewahrt bleiben, so mußte schnell eine Regierung ins Leben treten, die das volle Vertrauen des Landes besitzt, und sich auf dasselbe zu stützen vermag, die aber ebenso entschlossen ist, die Rechte des Landes zu vertreten, und demselben diejenige freibürgerliche und nationale Entwicklung zu sichern, welche wir als in Ew. Majestät, unseres deutschen Herzogs gerechtem und weisen Willen liegend voraussetzen müssen. Die wir erstarben Ew. Majestät allerunterthänigste.

Ferner hat der Herzog von Augustenburg die angeschlossene Proklamation am 31. März erlassen:

„An das Volk Schleswig-Holsteins. Die gegenwärtigen ersten Verhältnisse machen es mir zur Pflicht, einfach und deutlich für Jeden unseres Volkes mich über meine Stellung zu unserer heiligen Sache zu erklären. Die feindseligen Maßregeln, durch welche die Rechte unserer Herzogthümer zerbrochen, sind unserem König-herzog durch das dänische Volk aufgezwungen worden. Der König ist in der Gewalt seiner wild erregten dänischen Umgebung; seine Entschlüsse sind nicht frei: man bedient sich seiner Autorität, uns ungerechte Gesetze vorzuschreiben. Dies sind nicht Nebenarten, um den Schein zu wahren, es ist notorische offenkundige Thatsache. In dieser Lage hat sich, unser gutes Recht zu schützen, die provisorische Regierung gebildet. Sie hat in ihrer Proklamation den Sinn und Entschluß unseres Volkes ausgesprochen. Ihrer Er-



Klärung stamme ich unbedingt und ohne Rückhalt bei. Dies wollen wir — aber auch dieses vollaus und in ehrlicher Wahrheit: Aufrechthaltung der Rechte unseres Landes und Volks und der dadurch bedingten Rechte unseres angestammten Landesherren, und festen rechtlichen Anschluß an die Einheits- und Freiheits-Bestrebungen Deutschlands, dessen Geschäfte und Schicksale unsere Herzogthümer theilen müssen und wollen. Für dieses Ziel sind wir Alle, bin auch ich bereit, wie ich bisher gethan, alle meine Kraft einzusetzen, Gut und Blut zu opfern und das Beste, was der Mensch besitzt, hinzugeben. Sollte aber unser Landesherr wieder frei sein, und würde er die Rechte und die Nationalität der Herzogthümer in dem ausgesprochenen Sinne anerkennen und Gewähr leisten, dann werde ich, wie wir Alle, ihn freudig wieder in der Ausübung seiner landesherrlichen Gerechtfame unterstützen. Rendsburg, den 31. März 1848. Christian August, Herzog zu Schleswig-Holstein.“

Die Dänen haben freilich einige Fortschritte im Norden Schleswigs gemacht, bisher ist es aber zu keinem blutigen Zusammentreffen gekommen. — Leider ist noch die gehoffte Hilfe von Preußen und Hannover bisher ausgeblieben, und wenn diese nicht bald erfolgt, wird es der Uebermacht der Dänen, die durch ihre Marine sehr im Vortheil sind, ohne Zweifel gelingen, vorläufig fernere Fortschritte zu machen, die späterhin nicht ohne Blutvergießen rückgängig zu machen sein werden.

Rendsburg, 1. April. Wir lassen nun die bedeutendern der von der Hamburger Börsehalle mitgetheilten Nachrichten folgen: Heute ist eine Freischaar aus Heibelberg eingetroffen. Dr. Lorenzen, Redakteur der „Brem. Z.“ ist hier eingetroffen, um als Freiwilliger am Kampfe Theil zu nehmen. — In Jütland herrschen geringe Sympathien für den Krieg, man ist dort gegen die Inselbänen sehr aufgebracht. In Wiburg hat neulich eine zahlreich besuchte Versammlung sich nicht gegen Schleswig-Holstein, wohl aber für eine dänische Republik ausgesprochen. — Die hannoverschen Truppen werden erst nach einigen Tagen hier erwartet werden können. — Die dänischen Truppen sind bis Apenrade vorgerückt, nachdem sie sich durch zwei Dragonerregimenter verstärkt hatten. Die kleine Schaar Freiwilliger, welche in Apenrade war, hat sich zu dem übrigen Heere nach Flensburg zurückgezogen. Zwischen Flensburg und Apenrade wird wahrscheinlich die erste Schlacht geliefert werden. — Der Bürger Göhlmann in Habersleben ist von Dänen arretrirt. Die dänischen Schiffszimmergesellen in Apenrade, etwa 40 Mann, mit Aexten bewaffnet, schließen sich der Sache der Dänen an. — Es ist sicherem Vernehmen nach eine schleswigsche Kanzelei als Anhängsel der dänischen Kanzelei in Kopenhagen errichtet. Die Funktionen des Grafen Arthur v. Reventlow-Sandberg als Präsidenten einer schleswig-holstein-lauenburgischen Kanzelei scheint nur von kurzer Dauer gewesen zu sein. Er ist neben Höpfner jetzt in der schleswigschen Kanzelei angestellt.

Die Dänen haben aus Apenrade die Magistratsmitglieder ergriffen und nach Fredericia geschleppt, wo sie gefangen gehalten werden sollen, namentlich den Bürgermeister Schow, den Stadtschreiber Suadicant und die beiden Rathsverwandten Agent Bruun und Danielsen. Es ist überhaupt das Princip der Dänen, alle Beamten, welche sich nicht Dänisch pronunciren haben, nach Dänemark fortzuschleppen.

Rendsburg, 2. April, Nachmittags. Der Flecken Gravenstein, dem Herzoge von Augustenburg zuständig, ist von den Feinden besetzt. Unsere Truppen haben eine feste Position bei Bau, anderthalb Meile jenseits Flensburg, genommen, welche sie behaupten werden. Wahrscheinlich wird in diesem Momente schon gefochten. Von Hannover werden 10,000 Mann einrücken, sind aber mit Sicherheit erst am Ende dieser Woche zu erwarten. (Die Hannov. Zeit. meldet vom 1. d. M., daß in Folge der Ereignisse in Schleswig-Holstein bei Hamburg 2 Batterien Artillerie, 2 Regimenter Kavallerie und mehrere Bataillone Infanterie zusammengezogen werden.) — Der sehr weise Beschluß der Regierung in Rakeburg, daß das Herzogthum Lauenburg in unserem nationalen Kampfe neutral bleibe, entspricht der bisher beobachteten Haltung der Einwohner dieses Ländchens, das tiefer, als irgend ein anderes in unserm Vaterlande, im Mittelalter steckt. Aber auch hier wird das Eis schmelzen, das jeden Pulsschlag zum Erstarren gebracht hat.

Rendsburg, 2. April. Gestern Abend kehrte der Advokat Lohse von einer Sendung nach Berlin zurück. In einer Audienz beim Minister des Auswärtigen, von Arnim, hatte dieser ihm die Zusicherung erteilt, daß möglichst rasch 6 Bataillone Infanterie, 3 Regimenter Kavallerie und 3 Batterien von der preussischen Regierung zur Disposition der prov. Regierung gestellt werden würden. (Die Truppen sind bereits hier in Hamburg angemeldet, wo auch schon gestern der preuß. Oberst von Bontin, der diese Truppenabtheilung dem Vernehmen nach befehligt, angekommen ist.)

Das Rendsburger Tageblatt bringt folgende Bekanntmachung des Generalkommandos in Betreff der Freikorps: 1) Die Freikorps werden von dem Generalkommando aus den angemeldeten Freiwilligen

organisirt und konstituirte. 2) Sie bilden einen Theil des schleswig-holsteinischen Heeres und theilen die Rechte und Ehren desselben. 3) Sie stehen unter militärischem Befehl. 4) Sie werden vom Staate bewaffnet und besoldet. 5) Sie sind den Befehlen der Militärbehörden unterworfen und schulden denselben, sowie ihren Vorgesetzten militärischen Gehorsam. 6) Sie dienen bis zur Beendigung des Krieges gegen Dänemark. 7) Die Officiere und Unterofficiere werden vom Staate, letztere auf Vorschlag ernannt. 8) Alle Freikorps, mit Ausnahme der Kieler Studenten und der Kieler Turner, stehen unter Oberleitung eines gemeinschaftlichen Chefs, des Advokaten Oberstleutenants von Koch. Rendsburg, 31. März 1848. Das Generalkommando. Auf Befehl Chef des Generalstabes. Fabricius, Oberst.

Den 3. April wurde in Rendsburg der erste vereinigte schleswig-holsteinische Landtag eröffnet. Es wurden erwählt: zum Präsidenten Bargum; Vicepräsident Neergard; Sekretäre Klenke, Pastor Lorenzen; Redakteure Dr. Müller und Vöck. Es wurde ein Vertrauensvotum für die prov. Regierung abgegeben. Um 1½ Uhr dauerte die Debatte über den Anschluß Schleswigs an den deutschen Bund noch fort. — Ein Antrag der provisorischen Regierung an den deutschen Bund um Aufnahme Schleswigs in denselben ist im Laufe des Tages nach Frankfurt abgegangen.

Frankfurt, 5. April. Die Oberpostkanz. berichtet über die I. Sitzung des Fünzigerausschusses: „Es wurde eine Kommission zur Ausarbeitung einer Geschäftsordnung für den Fünzigerausschuß in folgenden Mitgliedern niedergesetzt: Jacoby, Heckscher, Pagenstecher, Wächter, Biedermann. Abegg trägt vor: er habe äußerlich, aber sicher vernommen, daß der Bundestag noch berathe, ob auf 50,000 oder auf 70,000 Seelen ein Abgeordneter zur Nationalversammlung gewählt werden soll. In diesem Falle habe die Ausführung der Beschlüsse der vorbereitenden Versammlung noch nicht begonnen. Ueber den Stand der Sache müsse man durch eine Deputation sich Gewißheit verschaffen und nöthigenfalls auf schnellste Ausführung dringen. Sollten diese Beschlüsse nicht in ganz klarer Fassung mitgetheilt sein, so müsse schnell eine Kommission dieselben präcis redigiren. Nach längerer Berathung wird der Antrag angenommen: die Beschlüsse in Bezug auf die Wahl nochmals festzustellen und durch eine Deputation an den Bundestag zu erwirken, daß die Wahlen nach diesen Beschlüssen sofort vorgenommen werden. Benedey beantragt eine Kommission zur Ordnung und Veröffentlichung aller Beschlüsse der vorbereitenden Versammlung, begleitet mit einem Aufruf an das deutsche Volk. Nach dem Beschluß des Ausschusses soll die Ordnung der Beschlüsse der vorbereitenden Versammlung durch die dem Ausschusse angehörigen Mitglieder des Sekretariats der vorbereitenden Versammlung, Simon, Kierulff, Briegleb und Schwarzenberg erfolgen. Zur Abfassung einer Proklamation wird eine Kommission (Benedey, Jacoby, Simon, Biedermann, Hergenhahn) niedergesetzt. Schleiden stellt den Antrag: der Ausschuß habe den deutschen Bundestag aufgefordert, sofort durch einen Beschluß auszusprechen, daß Schleswig, Ost- und Westpreußen in den deutschen Bund aufgenommen seien, damit in diesen deutschen Ländern die Wahlen zu der bevorstehenden konstituierenden Versammlung rechtzeitig angeordnet und vorgenommen werden können.“

Der Antrag wird angenommen. Es wird eine Kommission ernannt (Wießner, Graf Bissingen, Freudentheil, Stedtman, Murschel) um zu erörtern, auf welche Weise der Beschluß der vorbereitenden Versammlung auf Einberufung von sechs österreichischen Mitgliedern zum Ausschuß in Vollzug zu setzen sei. Die nächste Sitzung ist morgen Nachmittags 4 Uhr. Tagesordnung: 1) Bericht über die Geschäftsordnung und Berathung. 2) Bericht in Betreff der Einberufung von sechs Ausschußmitgliedern aus Oesterreich und Berathung. Der Vorsitzende bemerkt, daß für künftig für Beziehung von Geschwindschreibern gesorgt sei, und schließt die Sitzung. Zur Beurkundung: Siron, als Vorsitzender. Briegleb, als Schriftführer.

#### Großbritannien.

London, 3. April. Das Daily News fordert die Regierung aufs Dringendste dazu auf, mehr als bisher für die Besserung der Lage der Arbeiter und untern Klassen zu thun, die Unzufriedenheit wachse täglich, und wenn nicht bald die legislativen Maßregeln getroffen würden, die geeignet seien, diesen wachsenden, in immer höherem Grade einen revolutionären Charakter annehmenden Unmuth, den Haß und Grimm der niedern Klassen gegen die Reichen, Großen und Privilegirten zu beschwichtigen, so könne man auch in England erleben, daß die Herrschaft von der Aristokratie im Sprunge auf die Arbeiter übergehe. Es bedürfe vor Allem einer Erweiterung des Wahlrechts und einer durchgreifenden Aenderung des Oberhauses, welches in seiner jetzigen Zusammensetzung und Stellung aller heilsamen



vom Volke gefordert und durch seine Lage unabwendbar gebotenen Reformen hinderlich in den Weg trete. Auch Cobden rief in der Unterhausführung am 31. März der Majorität und den Ministern zu: sie hätten keine Ahnung von der im Volke herrschenden Stimmung, ebensowenig als Guizot vor seinem Sturz. — Es ist jedenfalls richtig, daß auch das englische Parlament — dessen jetzige Session namentlich sich durch Nichtstun auszeichnet — sich viel zu wenig mit der Lage der untern Klassen beschäftigt hat, während man seine Zeit mit der Kreirung kostspieliger neuer Bischofsitze u. s. w. verschwendet, und daß die Arbeiter in England, trotz der mancherlei Rechte (z. B. Associations- und Versammlungsrecht), die sie vor Jhresgleichen in andern Ländern seit alter Zeit voraus hatten, manchen gerechten Grund zur Klage haben. Man hat fast mehr für die Verbesserung des Looses der Negerklaven in fernen Welttheilen gethan, als für die materielle Lage und geistige Bildung und Aufklärung der englischen Arbeiterklaven in den Fabriken, Kohlenbergwerken, Spinnereien. Jedes unnatürliche Verhältniß rächt sich, früher oder später, und daß das Verhältniß zwischen den Arbeitern und ihren Herren ein durchaus unnatürliches ist, wird kein Einsichtiger läugnen. So steht den Besitzenden, deren Rechte auch wir auf alle Weise erhalten wissen wollen, eine, durch lange Unbill erbitterte, jetzt noch durch unselbige socialistische Theorien und Vorspiegelungen aufgeschwellte feindliche Masse gegenüber, welche bereits ihre Kräfte kennen gelernt hat, die, wenn sie einmal losbricht, schon durch ihre Masse unwiderstehlich ist, aus der jene Helden der Straßenschlachten hervorgehen, welche, wie wir in Paris und Berlin gesehen haben, dem Tode auf's Unerforschrodenste die Stirne bieten. Haben sie doch Nichts zu verlieren und Alles zu gewinnen, und fällt ihnen nebenbei doch Ehre und Ruhm in Hülle und Fülle ab! Die englische Regierung würde ohne Zweifel für diese jetzt so wichtige und einflussreiche Klasse mehr gethan haben oder ferner thun, sähe sie sich nicht von dem Egoismus des Unterhauses auf der einen und der vornehmen Indolenz des Oberhauses auf der andern Seite gefesselt und gehemmt. Aber auch diese Herren sollten sich des weltgeschichtlichen Wortes „zu spät“ noch zu einer Zeit erinnern, wo es vielleicht noch nicht zu spät ist; denn auch in England steht, wenn nicht alle Zeichen trügen, eine Arbeiterrevolution vor der Thür.

In den letzten Tagen des März wurde in Kilkenny von den dortigen Repealer eine große Versammlung gehalten und beschlossen, die Grundsätze der fraternité und égalité zu den Grundsätzen der Repealer zu machen und eine Zweipenny-Subskription zu eröffnen, deren Ertrag zur Hälfte für Unterhaltung der Agitation in jenem Bezirk, zur Hälfte für Unterstützung der des Hochverraths angeklagten H. O'Brien, Mitchell und Meagher bestimmt sein soll. Die heftigsten Reden wurden gehalten und nur mit dem Ruf: Gebt uns Piken! unterbrochen. Die Versammlung trennte sich unter dem Geschrei: Es lebe die Republik! Am 26. brannten auf allen Hügeln von Limerick bis Unter-Tipperary Signalfener, und wenn man die Bauern fragte, was das zu bedeuten habe, so schwiegen sie oder antworteten höchstens: die gute Zeit ist gekommen. In der Hauptstadt wie in den Grafschaften Meath und Kildare werden ohne Aufhören Piken gefertigt, ein einziger konföderirter Klub in Dublin besitzt deren 1600, die er unter dem Volke vertheilen will. Inzwischen will sich die irische Konföderation aller auffallenden Demonstrationen enthalten, bis die nach Paris gesandte Abordnung Berichte über ihre Verhandlungen mit der prov. Regierung eingeschickt hat. Hieraus scheint hervorzugehen, daß man die franz. Regierung, welche von allen Seiten geplagt und dadurch in eine immer bedrängtere und zweifelhaftere Lage gebracht wird, um thatsächlichen Beistand angegangen ist. Es erscheint aber als kein günstiges Zeichen für die Erhebung eines Landes, wenn man sie nicht wagen darf oder mag, ohne sich auf die Schultern einer fremden Macht zu lehnen. Die prov. Regierung wird ausweichend antworten, die Deputation hinhalten, und so das Ihrige dazu beitragen, daß die allgemeine Revolution Irlands erst dann versucht wird, wenn sich die jetzt aufs Höchste entflammten Leidenschaften etwas gelegt haben.

#### Frankreich.

Paris, 3. April. Auf Anregung des Advokaten Martin von Straßburg soll sich eine europäische Association für die Befreiung Polens bilden.

Guizots Mutter ist am 1. in London, 83 Jahre alt, gestorben. Die Debats widmen ihr einen ehrenvollen Nachruf.

Vice-Admiral Rosamel, ehemaliger Kriegsminister, ist, 74 Jahre alt, gestorben.

Paris, 4. April. Das vierte Bataillon der deutschen demokratischen Legion ist gestern Morgen von der Barrière du Trône, mit derselben festlichen Begleitung wie die früheren Kolonnen, nach Straß-

burg abmarschirt. Eine vorgestern gehaltene Versammlung von 2000 Italienern hat einstimmig beschlossen, eine Adresse an Italien zu erlassen, damit dieses Lamartine das italienische Bürgerrecht verleihe. Am andern Morgen marschirte eine Kolonne italienischer Freiwilligen von 800 Mann unter dem Kommando des Obersten Antonini, eines Soldaten der Kaiser-Armee, nach der Lombardei ab.

Die Regierung vermeidet indessen jeden offenen Anlaß, der dem Ausland Gelegenheit gäbe, wegen propagandistischer Umtriebe Beschwerde zu führen. So hat Lamartine einer Deputation Irlands, an deren Spitze sich das Parlamentsmitglied O'Brien befand, dieselbe Antwort gegeben, wie jüngst den Polen. Er hat sie der wärmsten Sympathien, der vollsten Gastfreundschaft Frankreichs versichert, aber auch zugleich verlangt, sie sollten keine andere Forderung an Frankreich stellen. Die französische Republik wolle mit allen Völkern in Frieden leben, also auch mit England, und sie werde nie eine heimliche Allianz mit irgend einer Partei in einem fremden Lande schließen. Einst habe England zu Pitt's Zeiten den Bürgerkrieg in Frankreich genährt, Franzosen gegen Franzosen bewaffnet, Frankreich werde dieses traurige Weispiel nicht nachahmen.

Der National aber, der seine alte Natur ganz abgelegt zu haben scheint, stellt heute einen Satz auf, der mit Lamartines humaner Schwärmerei ganz übereinstimmt, dagegen der ganzen französischen Geschichte geradezu widerspricht. Er sagt: die alte Politik habe darin bestanden, Frankreich so viel wie möglich mit schwachen Nachbarn zu umgeben; die neue müsse darin bestehen, es mit starken, unabhängigen Nationen zu umgeben. Wir wollen wünschen, daß es nie nothwendig werden möge, den National und seine Freunde an die treue Beachtung dieses Satzes zu erinnern.

Emil Girardin hat in Folge der gegen seine Officin verübten Excesse in der „Presse“ erklärt, er werde seine Polemik gegen die Regierung erst am 4. Mat, wenn die Nationalversammlung zusammenetrete, wieder fortsetzen; so trefflich ist es mit der Meinungsfreiheit in dem wiedergeborenen Frankreich bestellt! Wir legen zwar — und wir halten es aus Gründen für nöthig, es ausdrücklich zu erklären — auf Herrn von Girardins Votum wenig moralisches Gewicht, bedauern aber um so mehr, daß die Freiheit der Presse unter den Septemberegesetzen mehr geschützt war, als unter dem Regiment der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Girardin versichert freilich, nicht die Furcht vor brutaler Gewalt bringe ihn zum Schweigen, sondern die dringenden Vorstellungen derer, die ihn baten, die provisorische Regierung nicht durch seine Angriffe zu sehr zu schwächen und damit über Frankreich die Anarchie heraufzubeschwören. Man sieht, Herr Girardin nimmt auf eine sehr bezeichnende Weise von der provisorischen Regierung Abschied; mit wahrer Impertinenz deutet er an, daß dieselbe ihr Bestehen nur der großmüthigen Diskretion und dem Schweigen der „Presse“ zu verdanken habe.

#### Italien.

Lombardei. Der Republikaner bringt in einem Nachläufer folgenden Bericht: Am 30. März zogen die lombardischen Freiwilligen mit den Tessinern, die sich an sie angeschlossen hatten, in Brescia ein. General Bes ist mit 5000 Piemontesern bis Chiari vorgebrungen. General Trotti stand an demselben Tage mit 8000 Piemontesern bei Lodi. Karl Albert ist ebenfalls am 30. an der Spitze von 8000 Mann von Pavia aufgebrochen. Der Herzog von Genua begleitet ihn. Diese Korps führen 100 Artilleriestücke mit sich. 10,000 Römer und 7000 Toskaner kommen über Bologna und Ferrara an den Po, über den sie bei Lago-Scuro setzen werden. Bei Bagnolo sollen die Lombarden, denen auch Tiroler sich angeschlossen haben sollen, 700—800 Oesterreicher gefangen genommen haben. (N. 3. 3.)

#### Oesterreichische Monarchie.

\* Trieste, 28. März. Die Bewegungen in Venedig nehmen eine immer düsterere Färbung an und scheinen der Vorgang eines gewaltigen Schauspiels zu werden; doch sehen wir schon die Katastrophe — den Sieg des Doppelaars! — Die Uebergabe der Stadt scheint in einem Verrathe ihren Grund zu haben, dies ist wenigstens die allgemeine Behauptung. Und verfolgt man ruhig vom Beginn der Säbrungen bis auf den heutigen Tag die lauen Vorkehrungen, die Seitens des Festungskommandos gemacht wurden, so fühlt man sich gezwungen, dieser Ansicht beizupflichten. Seit dem Gelehrtenkongresse (vom 13. bis 28. Sept. v. J.), bei welchem die freisinnigsten Reden gehalten wurden, schlugen die italienischen Principien immer festere Wurzeln. Feindselige Demonstrationen aller Art folgten während aufeinander. Daß es zu einem Ausbruche kommen müsse, wenn nicht bedeutende, und wirklich höchst notwendige Veränderungen gemacht würden, war leicht vorauszufehen; und dennoch wurde diesem Allen nicht vorgearbeitet. Man sprach stets von einer Besatzung von



fünftehtausend Mann in Venedig, — und jetzt sah man sie auf ein Bataillon Kroaten und zwei Bataillone Kinedy reducirt; denn die italienischen Grenadiere, der Theil des Regimentes Wimpfen und die Marine waren für einen ersten Vorfall kaum zu berücksichtigen. Warum auch die Regimenter bei einem so ausgedehnten Reiche stets in dem eigenen Lande lassen? Ein Garnisonwechsel hätte Statt haben, und die Festungswerke am Lido und zu Malghera besetzt werden sollen. Mit solchen Vorankalten hätte man dann der Entwicklung der Dinge mit Ruhe und Festigkeit entgegen sehen können und müssen. Von Allem dem wurde Nichts gethan. Zudem beging man, bewußt der eigenen Schwäche, jene Unbesonnenheit und offenbare Ungerechtigkeits, am 17. die Gemüther gleichsam absichtlich zu reizen. Dem Wunsche der Bevölkerung gemäß wurden alsdann die nichtitalienischen Truppen in die Kasernen zurückgezogen, was nach dem Vorgefallenen und bei dieser gereizten Stimmung durchaus nicht zu wagen war. Nachdem man schon jenen ersten argen Mißgriff that, so mußte man jetzt mit Waffen in der Hand und mit der größten Energie die Ruhe zu erhalten sich bemühen, bis Hilfe von Außen angelangt wäre. Nach dem Zurückziehen der Truppen aber befand sich die ganze Kraft in den Händen der Italiener, welche am 22. die Kapitulation erzwangen, vermöge welcher die nicht italienischen Truppen die Stadt zu räumen haben. Die Kassen, Kriegsvorräthe u. dgl. werden der provisorischen Regierung übergeben; italienische sowie nichtitalienische Beamte bleiben vor der Hand in ihren Funktionen; den einheimischen und fremden Beamtenfamilien wird Sicherheit des Lebens und des Eigenthums zugesichert; der Stadt- und Festungskommandant, Graf Zichy gibt sein Ehrenwort, Venedig zu verlassen. Die prov. Regierung besteht dormalen aus folgenden Mitgliedern: Dantale Manin, auswärtige Angelegenheiten und Ministerpräsident. Nicolo Tommaso, Kultus und öffentlicher Unterricht. Giacomo Castelli, Justiz. Francesco Camerata, Finanzen. Francesco Solera, Krieg. Antonio Paulucci, Marine. Carlo Trossi, innere Angelegenheiten und öffentliche Bauten. Leone Pinkerle, Handel. Angelo Toffoli, Arbeiten, ohne Portefeuille.

Vor Abgang des Dampfschiffes am 23. wurden dem Kapitän des österr. Lloyd, Maffei, Depeschen übergeben, die er direkt nach Pola, wo ein Theil der österr. Flotte sich befindet, zu überbringen sich eidl. verpflichtet mußte. Der treue Oesterreicher hingegen fühlte den erzwungenen Eid für nicht bindend und segelte in gerader Richtung nach Triest, wo er sie dem Gouverneur Gf. Salm übergab. Sogleich wurden Eskadren zu Land nach Pola geschickt, welche die Entwaffnung der Schiffe zum Zwecke hatten, wodurch ein beträchtlicher Theil der Flotte gerettet wurde. Aus Triest hingegen beabsichtigte der Hafenskommandant, Major Basilico, mit der Kasse und den beiden hier vor Anker liegenden Schiffen nach Venedig zu entfliehen; er wurde jedoch aufgefangen und in die Festung gebracht. Das Dampfboot, welches am 25. zu Mittag hätte zurückkehren sollen, ist noch bis zur Stunde (am 28. 7 Uhr Abends) noch nicht hier angelangt. Die Kommunikation zur See ist vor der Hand ab-

gebrochen. — In diesen Tagen allgemeiner Bewegung ging es auch in Triest sehr lebhaft zu. Als am 17. in der Nacht die Konstitution proklamirt wurde, jubelte in höchster Begeisterung die ganze Stadt. Um 2 Uhr in der Nacht durchzog eine große Volksmasse die Straßen und verlangte unter stürmischem Lärmen Beleuchtung aller Häuser. Wo keine Lichter brannten, wurden mit Steinen die Fenster eingeschlagen, was sehr vielen Gebäuden, darunter auch der Wohnung des Bischofes widersubr. Die Militärbande mußte, fast ohne Unterbrechung die Volkshymne spielend, mit der Menge ziehen, welche stets enthusiastisch mitsang. Leider bildeten sich gleich in den nächsten Tagen zwei Parteien unter der Bevölkerung, die deutsche und die italienische; doch war die erstere, welcher sich der größte Theil des Handelsstandes mit all den Arbeitern anschloß, bei Weitem die überwiegende. Diese Spaltung trat noch offener hervor, nachdem die Nachrichten von Venedig anlangten, und am 23. war ein gefährlicher Aufstand zu befürchten. Allein das kluge Benehmen des Gouverneurs, Grafen Salm, der häufig unter dem Volke erschien, und durch herzliche, Vertrauen erregende Worte zu demselben sprach, der begeisterte Ausruf des Kommandanten Giulay und sein musterhaftes Verhalten, sowie die Bemühungen des höchst populären Polizeidirektors Salk, unterstützt von den ehrenwerthen Triestiner Kaufleuten, erstickten vollends die Unruhen schon im Entstehen. Vergebens hatte Orlandini das Volk für die Sache Venedigs zu begeistern versucht; — nur die guardia nazionale konnte ihn den Händen des wüthenden Pöbels entreißen, worauf er in sichern Gewahrsam gebracht wurde. Andere ähnliche Versuche von venetianischen Emisären scheiterten auf gleiche Weise, und gewiß hatte diese Stadt es nie kräftiger bewiesen, wie sehr ihr der Beiname „la fedelissima“ mit Recht gebühre. Die italienische Partei sah nun deutlich ein, daß jeder Versuch, Triest zum Abfalle von Oesterreich zu bewegen, ein vergebliches Bestreben sei. Von dem Entschlusse der Triestiner hingen zugleich Istrien und Dalmatien ab, weshalb die Republik von San Marco das Hauptaugenmerk auf die Schwesterstadt richtete. Daß durch ein derartiges Anschließen an Venedig die unausbleibliche Folge der Fall der Stadt wäre, da Venedig den Handel — das eigentliche Element der beiden Städte — an sich gezogen haben würde, ist nicht zu bezweifeln. — Ein englischer Dampfer ist von hier nach Pirano abgereist, um die Bewegungen längst der Küste zu beobachten. Auch spricht man hier von einer Hilfszusicherung von Seite Englands. Auf diese Weise würde dann die kleine Marine, welche Venedig jetzt besitzt, auch nützen. — General Graf Ludolf in Treviso, General Auer in Udine und General d'Aspern in Padua kapitulirten fast auf gleiche Weise, wie in Venedig. — Auch Feldmarschall Radetzky soll in Mailand kapitulirt und sich nach Verona zurückgezogen haben. — Ueber die Kapitulationen dieser Städte und die weiteren Vorgänge in Venedig folgt der Bericht morgen.

Verantwortlicher Redakteur G. Servinus.

Göttingen, 31. März. Die Einwohnerschaft Göttingens hat die traurigen Vorfälle, welche den Auszug der Studirenden veranlaßten, mit tiefem Schmerz begleitet. Obgleich für ihre Zukunft schwer bedroht, mußte sie doch die Festigkeit ehren, mit welcher die jungen Männer bei einem Entschlusse befielen, der einer gefeßelten Willkür gegenüber die einzige gefeßelte Hilfe bot. Es ist ihr bei dem Drange der Ereignisse nicht möglich gewesen, ihren jungen Mitbürgern ein Lebewohl zuzurufen, aber sie fühlte sich verpflichtet, öffentlich ihre Hochachtung auszusprechen vor dem hohen Sinne und der sittlichen Würde, welche die sämtlichen Studirenden bis zum letzten Augenblicke ihrer Anwesenheit bewährt haben. Die Einwohner Göttingens sagen den Geschiedenen den wärmsten Dank. — Der herrliche Frühling, der über das ganze deutsche Vaterland gekommen, hat auch das Eis unserer Zustände gebrochen, und wir hoffen zuversichtlich, unsere jungen Freunde in der nächsten Zeit wieder bei uns zu sehen, um Ihnen dann durch den Empfang und die That zu zeigen, was wir Ihnen jetzt leider nur durch ein geschriebenes Wort zuzufügen können. — Im Namen der Einwohnerschaft die Beauftragten:

Meyerstein, Inspektor. Meyer, Bürgervorsteher. Breusing, Kand. Nettig, Generalsuperintendent.  
[310] Fuchs, Hofrath. Plathner, Direktor.

[311]

### Ankündigung.

Vom 1. April an erscheint unter dem Titel:

## Dresdner Journal.

Herold für sächsische und deutsche Interessen,

redigirt von

Karl Biedermann

eine neue Zeitschrift, welche schon durch den bekannten Namen ihres Redakteurs Bürgerschaft dafür leistet, daß sie den Bedürfnissen und Anforderungen der Neuzeit entsprechen und im Geiste des Fortschritts einen Sprechsaal für alle die Fragen eröffnen werde, welche die Zeit bewegen und von deren richtiger Lösung das Glück und die Wohlfahrt unseres gesammten Vaterlandes abhängen. Die Verhandlungen des demnächst zusammentretenden und aller folgenden sächsischen Landtage werden durch das Dresden Journal auszugsweise zuerst veröffentlicht werden. Das Dresden Journal erscheint täglich. Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 1¼ Thlr. und es werden Bestellungen von allen Buchhandlungen des In- und Auslandes angenommen. Die Insertionskosten für Ankündigungen jeder Art betragen 12 Pf. für die Zeile.

Dresden und Leipzig, 31. März 1848.

B. G. Teubner.

Verlagshandlung von Fr. Bassermann in Mannheim. — Druck von G. Mohr in Heidelberg

(Hierzu eine Beilage.)